



---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

33. Sitzung (öffentlich)

28. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Haushaltsgesetz 2003**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/2800, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1603 und 13/1710

Zuschriften 13/2107, 13/2123 und 13/2214

Einzelplan 03 - Innenministerium

Der Ausschuss führt die abschließende Beratung durch.

Die Begründungen und Abstimmungsergebnisse der Änderungsanträge sind der in Drucksache 13/3303 enthaltenen Anlage zur Vorlage 13/1912 zu entnehmen.

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform stimmt dem Einzelplan 03 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

**2 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des  
Ordnungsbehördengesetzes**

9

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2854

Vorlage 13/1581

in Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-  
Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2280

Vorlagen 13/1365 und 13/1765  
Zuschrift 13/1807

Der Ausschuss verständigt sich darauf, am 16. Januar 2003 ab 11.00  
Uhr ein Sachverständigengespräch durchzuführen. Eingeladen  
werden dazu die in der Anlage aufgeführten Sachverständigen.

**3 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und  
Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz -  
FlüAG) und Drittes Gesetzes zur Änderung des  
Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)**

9

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3202

Vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse  
empfiehlt der federführende Ausschuss dem Landtag einstimmig, den  
Gesetzentwurf anzunehmen.

- 4 **Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und des  
Gebührengesetzes** 10

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3192

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den  
Gesetzentwurf anzunehmen.

- 5 **Gesetz zur Änderung der Verfassung und des Gesetzes zum Schutz  
personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen -  
DSG - NRW)** 11

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/3136 - Neudruck -

in Verbindung damit:

**Änderung der Geschäftsordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zur  
Stärkung der Stellung der/des Beauftragten für den Datenschutz**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/3138 -Neudruck -

Der Ausschuss stellt die Beratung dieses Themas zurück.

- 6 **Vorbeugenden Hochwasser- und Katastrophenschutz in NRW stärken** 11

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2962

in Verbindung damit:

**Hochwasserschutz erfordert effizienten Klimaschutz**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/2964

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung der Anträge.

**7 Bei Einbürgerung schriftliche Sprachtests auch in NRW einführen**

14

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3117

Mit den Stimmen der SPD- und Grünen-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

\*

Der Ausschuss kommt überein, die nach dem Terminplan für den 5. Dezember 2002 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen.

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

#### 1 Haushaltsgesetz 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/2800, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1603 und 13/1710

Zuschriften 13/2107, 13/2123 und 13/2214

Einzelplan 03 - Innenministerium

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Theodor Kruse (CDU)** bringt zunächst seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass man erst vor wenigen Stunden die sehr umfangreiche zweite Ergänzungsvorlage bezogen auf alle Haushalte erhalten habe, sodass diese noch nicht ausführlich habe studiert werden können. Es sei jedoch absehbar, so der Abgeordnete weiter, dass - wie im vergangenen Jahr - auch im Jahre 2003 eine globale Minderausgabe erwirtschaftet werden müsse. Seine Fraktion sei mit der Beantwortung der hierzu in eine der letzten Ausschusssitzungen gestellten Frage, wie dies konkret geschehen solle, nicht zufrieden gewesen. Der Pressemitteilung seiner Fraktion, dass z. B. die Mittel für die Terrorismusbekämpfung gekürzt würden, habe der Minister dahingehend widersprochen, dass der Ansatz für die Terrorismusbekämpfung bezüglich des Volumens nicht verändert, sondern nur geschoben werde. Dies sei jedoch in Anbetracht der Sicherheitslage und der Diskussionen, die derzeit geführt würden, aus Sicht seiner Fraktion nicht in Ordnung. Der Abgeordnete erbittet nähere Auskünfte.

**MR'in Brohl-Sowa (IM)** lässt wissen, der Vorlage sei zu entnehmen, dass es für das Jahr 2003 eine Deckungslücke in einer Größenordnung von 1,4 Milliarden € gebe. Diese solle im Wesentlichen durch eine globale Minderausgabe im Personalbereich und durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme gedeckt werden.

Die globale Minderausgabe werde in den Hauptgruppen 5 bis 8 zu erbringen sein. Das Innenministerium werde demnächst vom Finanzministerium aufgefordert werden, bis Ostern nächsten Jahres konkrete Vorstellungen darzulegen. Hierzu fänden derzeit erste Überlegungen statt.

Die globale Minderausgabe im Einzelplan 03 betrage 13,24 % der gesamten globalen Minderausgabe in Höhe von 300 Millionen €, also 39.713.000 €. Davon entfielen - entsprechend dem Anteil der Polizei am Gesamtbudget - ungefähr 70 % auf den Polizeibereich. Wo die globale Minderausgabe konkret erwirtschaftet werde, bedürfe noch intensiver Erörterungen. Auch die Frage, inwieweit die Sicherheitspakete mit einer globalen Minderausgabe versehen würden, müsse noch geklärt werden. - **Innenminister Dr. Fritz Behrens** ergänzt, Entscheidungen lägen noch nicht vor. Man müsse zunächst einmal sehen, wie man mit dem zugewiesenen Budget auskomme. Es sei jedoch zu erwähnen, dass bei der Berechnung der globalen

Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform  
33. Sitzung (öffentlich)

28.11.2002  
rt-beh

Minderausgabe bestimmte Ausgabetitel der verschiedenen Einzelpläne zugrunde gelegt würden. Die Ausgaben für die Sicherheitspakete seien hier nicht mit eingerechnet.

**Karl Kress (CDU)** ist interessiert zu erfahren, in welchen Bereichen in diesem Jahr die Mittel gekürzt worden seien. Beispielsweise habe die Polizeibehörde Neuss für ihren Sachkostenanteil 18 % weniger Mittel bekommen. Eine solche Summe könne eine Kreispolizeibehörde nur schwer kompensieren.

**MR'in Brohl-Sowa (IM)** antwortet, zunächst müsse ermittelt werden, wie viele disponible Mittel dem Ministerium in den Hauptgruppen 5 bis 8 zur Verfügung stünden. Herausgerechnet würden die Mittel für den Feuerschutz, die Sicherheitspakete und die Mieten. Unter Abzug bestimmter Positionen gelange man dann zu den Mitteln, die der globalen Minderausgabe zugänglich seien. Diese Mittel würden in dem Verhältnis der Ansätze linear gekürzt. Dies sei die Vorgehensweise in diesem Jahr gewesen und ihres Erachtens die sachgerechteste Methode.

**Theodor Kruse (CDU)** ruft in Erinnerung, dass die CDU-Fraktion in der Kleinen Anfrage vom 12. Juli 2002 bezüglich der Schutzwesten an die Landesregierung herangetreten sei. Der Antwort der Landesregierung sei zu entnehmen, dass die Ausstattung bis Ende 2002 abgeschlossen sein werde. In der Vorlage 13/1713 an den Haushalts- und Finanzausschuss vom 7. November werde jedoch davon ausgegangen, dass erst im Herbst 2003 jeder Polizeivollzugsbedienstete im Besitz seiner Schutzweste sein werde. - Auf eine Frage des Abgeordneten teilt **PD Gernandt (IM)** mit, bislang seien 26.500 ballistische Unterziehschutzwesten bei einer Bedarfsgruppe von ungefähr 30.000 ausgeliefert worden. Das Problem sei, dass sich in dem Auslieferungszeitraum - es gebe keinen Hersteller, der die Westen sofort liefern könne - die Zielgruppe permanent verändere. Beispielsweise müsse ständig neu ausgebildetes Personal ausgestattet werden. Insofern werde dieser Vorgang nie abgeschlossen sein.

Darüber hinaus sei darauf hinzuweisen, dass in der Vorlage 13/1713 an den Haushalts- und Finanzausschuss sozusagen von einer allgemeinen Schutzweste und in der Kleinen Anfrage von Abgeordneten der CDU-Fraktion von schuss- und stichsicheren Unterziehwesten die Rede sei.

Auf eine Bemerkung von **Theodor Kruse (CDU)** stellt **Innenminister Dr. Fritz Behrens** klar, es gebe keine Mittelkürzungen in diesem Bereich, sondern die Probleme entstünden bei der praktischen Umsetzung. Die Erstausrüstung der Polizeibeamten mit schuss- und stichsicheren Unterziehwesten - hierauf habe sich die Kleine Anfrage der CDU-Fraktion bezogen -, die in diesem Jahr im Dienst befindlich seien, sei weitgehend abgeschlossen.

**Horst Engel (FDP)** lässt verlauten, die globale Minderausgabe sei ein Haushaltsinstrument, mit dem das Budgetrecht in den Bereich der Exekutive verlagert werde, was er für unbefriedigend halte. Da seine Fraktion davon ausgehe, dass diese Haushaltstechnik in Zukunft zunehmen werde, beantrage er für die Sitzung am 13. Februar eine Unterrichtung zum Thema glo-

bale Minderausgabe. Falls dieser Termin zu frühzeitig sei, bitte er darum, zeitnah zu der Entscheidung der Landesregierung zu unterrichten.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** sagt zu, so früh wie möglich über das in Rede stehende Thema zu unterrichten. Die Alternative zu dem Instrument der globalen Minderausgabe wäre gewesen, die Haushaltsberatungen für das nächste Jahr erst um Ostern herum abzuschließen. Vor diesem Hintergrund habe man entschieden, und zwar auch im Interesse der Klarheit aller Beteiligten, z. B. der Kommunen, den Weg der globalen Minderausgabe zu beschreiten, allerdings mit der Zusage, dass die Ausbringung der globalen Minderausgabe dem Parlament gegenüber bis Ostern vorgenommen werde. Dies sei seiner Meinung nach auch der einzig gangbare Weg, denn derzeit sei es nicht möglich, titelscharf Kürzungen vorzunehmen. Darüber hinaus sei zu bedenken, dass man den Weg der Budgetierung - auch was die Haushaltsberatungen im Parlament betreffe - weiter gehen müssen, wenn die Modernisierung der Verwaltung vorangetrieben werden solle. Dies bedeute, dass sich das Parlament darüber Gedanken machen müsse, wie es mit einem solchen neuen Selbstverständnis von parlamentarischer Steuerung umgehen wolle. Die globale Minderausgabe sei ein Schritt in diese Richtung. Dies bedeute bei Lichte betrachtet natürlich Verzicht auf Steuerung durch die erste Gewalt.

**Jürgen Jentsch (SPD)** gibt zu bedenken, dass die finanzielle Lage des Bundes und der Länder sehr problematisch sei. Von daher sei es unumgänglich, Ausgaben zu kürzen, was natürlich sozialverträglich geschehen müsse. Vor diesem Hintergrund halte er die Forderungen der CDU-Fraktion nach Mittelerhöhungen für sehr fragwürdig.

Der Minister habe Recht, wenn er sage, dass man, wenn man nur noch Rahmenbedingungen vorgeben wolle, es zu unterlassen habe, sich in alle Angelegenheiten einzumischen. Von daher halte er die geringen Mittel im Landeshaushalt für eine Chance, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll sei, verstärkt nur Rahmenbedingungen vorzugeben. Darüber hinaus werde man sich wohl damit abfinden müssen, dass die finanzielle Lage in den nächsten Jahren nicht besser werde, denn die Steuerquote werde nicht steigen, auch wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen ändern würden. Die Steuerreformen würden immer mehr dazu beitragen, dass die öffentlichen Hände weniger Geld hätten. Von daher sei man gut beraten, wie vorgegeben zu verfahren.

**Monika Düker (GRÜNE)** weist darauf hin, dass der Einzelplan 03 im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung relativ ungeschoren davongekommen sei. Es handele sich im Grunde genommen um eine Plus-Minus-Nullrunde, was in Anbetracht der allgemeinen Haushaltslage einer Aufstockung gleichkomme, weil alle anderen Bereiche - Ausnahme: Bildung - sparen müssten. Dies mache deutlich, dass der Einzelplan 03 innerhalb der Landesregierung eine hohe Priorität genieße.

Auch in der zweiten Ergänzungsvorlage seien keine gravierenden Kürzungen für den Bereich Inneres enthalten. Sie wolle für Ihre Fraktion ausdrücklich klarstellen, dass man mit der Zustimmung zu einer globalen Minderausgabe nicht das parlamentarische Handeln und Steuern aus der Hand geben wolle. Von daher müsse sichergestellt sein, dass der Einsatz der globalen Minderausgabe den Parlamentariern gegenüber transparent gemacht werde.

Sie stimme dem Minister ausdrücklich zu, dass man hinsichtlich der Modernisierung der Verwaltung die Budgetierung zügig vorantreiben müsse. In diesem Zusammenhang sei zu betonen, dass die Kommunen in diesem Bereich viel weiter seien. Gerade für den Bereich Personal, und zwar nicht nur, um mehr Einsparungen zu erzielen, sondern auch, um die Verwaltung flexibler zu machen, halte sie die Budgetierung für sehr wichtig. Eine Motivation, vernünftiger, flexibler und wirtschaftlicher mit dem Geld umzugehen, könne es jedoch nur mit einer so genannten Bonusregelung für alle Beteiligten geben. Eine derartige Regelung im Bereich der Budgetierung halte ihre Fraktion für unverzichtbar.

**Theodor Kruse (CDU)** widerspricht den Ausführungen der Abgeordneten Monika Düker, dass die Mittel im Einzelplan 03 nicht gekürzt worden seien. Es sei zu bedenken, so der Abgeordnete, dass die im Haushaltsplanentwurf 2003 vorgesehenen Mittel für die Sicherheitspakete reduziert und hinten angehängt worden seien. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass in den Folgejahren ähnlich verfahren werde.

Wichtig sei, dass Budgetierung nicht mit Einsparungen verwechselt werde. Seine Fraktion sei mit der Einführung der Budgetierung einverstanden gewesen. Bevor jedoch die Budgetierung vorangetrieben und sozusagen die Last nach unten gedrückt werde, müsse bezogen auf alle Behörden im Lande eine Aufgabendiskussion durchgeführt werden. Dies gelte nicht nur für den Einzelplan 03, sondern für den gesamten Landeshaushalt.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** erwidert, die Mittel für die Sicherheitspakete seien nicht gekürzt worden. Der Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2003 habe eine Festsetzung der Sicherheitspakete auf etwa 27 Millionen € vorgesehen. Hierbei handele es sich um eine Überrollung der Ansätze von 2002. Am Ende des vergangenen Jahres sei geplant gewesen, den Ansatz auf 39 Millionen Euro zu erhöhen. Allerdings habe bereits der Entwurf der Landesregierung die Überrollung vorgesehen.

Zur Aufgabenkritik: In Bezug auf Landesbehörden werde bereits seit Ende der 70er-Jahre eine Aufgabenkritik betrieben, sodass man sich in diesem Bereich keine Versäumnisse vorzuwerfen habe. Als Beispiele seien die kommunale Gebietsreform und die Funktionalreformen zu nennen.

**Karl Kress (CDU)** führt aus, ihm liege ein Schreiben vor, dass einige Polizeibehörden schon Mitte des Jahres pleite gewesen seien. Der Abgeordnete ist interessiert zu erfahren, um wie viel Prozentpunkte in den letzten fünf Jahren die Zuweisungen an die Kreispolizeibehörden gekürzt worden seien.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** lässt wissen, dass es nicht möglich sei, diese Frage umgehend zu beantworten. Dies sei jedoch auch nicht so einfach, da es Veränderungen bei den Mittelansätzen für Aufgaben gegeben habe, die früher von den Kreispolizeibehörden wahrgenommen und nun zu Landesaufgaben erklärt worden seien - und umgekehrt - und von unterschiedlichen Ebenen finanziert würden. Die Aussage, dass Polizeibehörden Mitte des Jahres pleite gewesen seien, sei falsch.



**Horst Engel (FDP)** fragt, ob mit der Übertragung der eingesparten Mittel in das Jahr 2003 zu rechnen sei. - **MDgt Huylmans (IM)** antwortet, auch in diesem Jahr würden die Mittel ins nächste Jahr übertragen. In welchem Umfang im Jahre 2003 die Mittel freigegeben würden, werde von der Entscheidung des Finanzministers abhängen.

**Horst Engel (FDP)** teilt mit, im Regierungsbezirk Düsseldorf gebe es eine Sonderlast, nämlich das alte Landesbehördenhaus in Bonn, dessen Mietaufwand die elf Kreispolizeibehörden gemeinsam trügen. - Auf eine Frage des Abgeordneten gibt **MDgt Huylmans (IM)** zur Antwort, bisher sei dieses Gebäude aus dem Etat der Polizeibehörde Bonn finanziert worden. Dieses Gebäude sei jedoch in zunehmendem Maße frei geworden. Das geschilderte Problem habe sich für die Polizeibehörde nunmehr erledigt, weil die Gebäude der Polizei und der übrigen Landesverwaltungen vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb an die einzelnen Behörden vermietet würden. Insofern würden die Kosten für die Unterhaltung des Gebäudes, die auf die Kreispolizeibehörde Bonn zukämen, über eine entsprechende Dotierung im Haushaltsplan refinanziert.

**Karl Kress (CDU)** bittet um eine Aufstellung darüber, wie sich die Zuweisungen an die Kreispolizeibehörden nach Einführung der Budgetierung im Vergleich zu den Vorjahren verändert hätten.

Auf eine Bemerkung von **Frank Baranowski (SPD)** teilt **Karl Kress (CDU)** mit, der Polizeibehörde Neuss seien im Vergleich zum Vorjahr 300.000 € gestrichen worden, und der Polizeibehörde Köln fehlten deutlich mehr als 1 Million €.

**MR'in Brohl-Sowa (IM)** sagt zu, die Frage schriftlich zu beantworten. Hierbei werde man auch auf die Unsicherheiten aufmerksam machen, die sich aus dem reinen Zahlenwerk ergäben, da sich erhebliche Veränderungen vollzogen hätten.

**Vorsitzender Klaus Stallmann** stellt fest, dass damit die abschließende Beratung beendet sei und man nun zu der Abstimmung über die Änderungsanträge und den Einzelplan 03 kommen könne.

**Karl Peter Brendel (FDP)** weist darauf hin, dass die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und seiner Fraktion zum Bereich Flüchtlingsarbeit zahlenmäßig in etwa identisch seien. Der Abgeordnete möchte wissen, ob Bereitschaft bestehe, in diesem Bereich über einen gemeinsamen Antrag abzustimmen, wobei dann seine Fraktion ihren Änderungsantrag zurückziehen werde. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch seitens der Koalitionsfraktionen.

In diesen Fällen bitte er darum, nicht in der Reihenfolge der in der Anlage zu Vorlage 13/1912 aufgeführten Anträge vorzugehen, sondern zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag abzustimmen. - Der Ausschuss war damit einverstanden.

*(Hinweis: Die Abstimmungen finden sich detailliert in der Vorlage 13/1912, die auch in der Drucksache 13/3303 abgedruckt ist. Im Folgenden sind nur die über die schriftlichen Begründungen hinausgehenden Wortbeiträge festgehalten. Die laufende Nummerierung bezieht sich auf die oben näher bezeichnete Vorlage.)*

### Personalhaushalt

**Frank Baranowski (SPD)** macht darauf aufmerksam, dass im Rechtsausschuss nicht über die Änderungsanträge zum Personalhaushalt beraten und abgestimmt worden sei. Vor diesem Hintergrund bitte er die Landtagsverwaltung darum, die Angelegenheit zu prüfen. Seiner Meinung nach müsse es ein einheitliches Beratungs- und Abstimmungsverfahren geben.

**Vorsitzender Klaus Stallmann** weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren über Anträge, die im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform gestellt worden seien, auch dort abgestimmt worden sei.

#### Zu lfd. Nr. 2:

**Horst Engel (FDP)** teilt mit, dass seine Fraktion diesem Änderungsantrag zustimmen werde. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass seine Fraktion bezüglich der Begründung, dass zur Entlastung der Polizei verstärkt Angestellte in den Polizeidienst zu übernehmen seien, die nicht nur im Objektschutz eingesetzt werden könnten, anderer Auffassung sei.

### Sachhaushalt

#### Zu lfd. Nr. 3:

**Horst Engel (FDP)** kündigt an, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen werde, da die FDP-Fraktion der Ansicht sei, dass ein Rest an Motivation, und zwar nicht nur inhaltlicher, sondern auch pekuniärer Art, erhalten bleiben müsse.

**Karl Kress (CDU)** möchte wissen, wie viel im Jahre 2001 für das behördliche Vorschlagswesen ausgegeben worden sei. - **Innenminister Dr. Fritz Behrens** antwortet, dass er dazu im Moment keine Auskunft geben könne. Er schlägt vor, dem Ausschuss zu gegebener Zeit darzulegen, welche Veränderungen in diesem Bereich stattgefunden hätten. Das behördliche Vorschlagswesen sei in ein so genanntes Ideenmanagement verändert worden. Konsequenzen, die sich daraus ergeben hätten, würde man gerne einmal dem Ausschuss präsentieren.

#### Zu lfd. Nr. 4:

Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform  
33. Sitzung (öffentlich)

28.11.2002  
rt-beh

**Theodor Kruse (CDU)** teilt mit, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde, und möchte wissen, wie die FDP-Fraktion die Aufstockung finanzieren wolle. - Durch eine völlig andere Prioritätensetzung im gesamten Haushalt, antwortet **Horst Engel (FDP)**.

**Jürgen Jentsch (SPD)** meint, es wäre sinnvoller, zunächst ein Konzept vorzulegen und dann dafür Finanzmittel einzustellen. Auch er stelle sich die Frage, wie das finanziert werden solle.

**Monika Düker (GRÜNE)** beantragt eine Unterrichtung über die Bund-Länder-Abstimmungen bezüglich des Katastrophen- und Zivilschutzes in Folge der Vorfälle vom 11. September 2001. - Der **Ausschuss** kommt überein, in der Sitzung am 16. Januar 2003 eine Unterrichtung zu diesem Thema entgegenzunehmen.

**Zu lfd. Nr. 6:**

**Theodor Kruse (CDU)** merkt an, im vergangenen Jahr hätten im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen die Koalitionsfraktionen quasi zugesagt, dass sich das Prozedere der vergangenen Jahre in diesem Jahre nicht wiederholen werde. Dieses Versprechen sei jedoch nicht gehalten worden. Erst würden Mittel gekürzt, und hinterher sorgten die Koalitionsfraktionen dafür, dass wieder erhöht werde und freuten sich darüber, dass ihre Anträge in der Öffentlichkeit die entsprechende Bedeutung erführen. Seine Fraktion mahne in diesem Bereich seit vielen Jahren Verlässlichkeit und Kontinuität an, was auch von den Flüchtlingsberatungsstellen immer wieder eingefordert werde.

**Karl Kress (CDU)** möchte vor dem Hintergrund, dass sich das Rechnungsergebnis 2001 auf 266.000 € belaufen haben, wissen, aus welchem Grund der Ansatz nur auf 180.000 € erhöht worden sei. - Da im Lande an vielen Stellen gespart werden müsse, könne auch dieser Bereich keine Ausnahme bilden, lässt **Jürgen Jentsch (SPD)** wissen.

**Zu lfd. Nr. 8:**

**Karl Peter Brendel (FDP)** teilt mit, dass seine Fraktion ihren Änderungsantrag zurückziehe und sich dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen anschließe.

**Zu lfd. Nr. 11:**

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** merkt an, die zweite Ergänzungsvorlage enthalte eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 25 Millionen € für den Digitalfunk.

**Theodor Kruse (CDU)** erinnert an die Ausführungen, die der Ausschuss in Aachen entgegengenommen habe, dass bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 der Digitalfunk flächendeckend in Nordrhein-Westfalen realisiert sei. Der Abgeordnete möchte wissen, ob dies tatsächlich der Fall sei.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** antwortet, er bezweifle das, da die Innenministerkonferenz und die Finanzministerkonferenz sehr uneins darüber seien, wann die Haushaltsreife des Projektes erreicht werde, sodass nunmehr die Ministerpräsidentenkonferenz als Schiedsrichter aufgerufen sei. Von Nordrhein-Westfalen gingen keine Probleme aus. Das Problem bestehe in einer bundesweiten Einigung.

**Horst Engel (FDP)** hält die Nachricht, dass es eine bundesweite Einigung geben müsse, für gut. Der Abgeordnete bittet darum, zu prüfen, ob die bundesweite Einigung kompatibel sei mit den Regelungen in den Nachbarländern, z. B. Niederlande und Belgien. - **Innenminister Dr. Fritz Behrens** merkt an, dass das Modellprojekt "BOS-Digitalfunk" in Aachen grenzüberschreitend mit den Niederlanden und Belgien stattfinde.

**Zu lfd. Nr. 12:**

Die Frage von **Karl Kress (CDU)**, ob es sich um den Ansatz handele, der aus der Feuer-  
schutzsteuer an die Gemeinden weitergegeben werde, bejaht **Innenminister Dr. Fritz Behrens**.

**Karl Kress (CDU)** möchte vor dem Hintergrund, dass im vergangenen Jahr mehr Zahlungen eingegangen seien, als kalkuliert worden sei, wissen, ob der Ansatz im jetzigen Haushaltsplanentwurf realistisch sei. - Das wisse man erst Mitte nächsten Jahres, antwortet **Innenminister Dr. Fritz Behrens**.

Damit schließt der Ausschuss die Haushaltsberatungen ab.

Als Berichterstatter für die Abschlusssitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 5. Dezember 2002 wird der Vorsitzende Klaus Stallmann benannt.

**Theodor Kruse (CDU)** möchte wissen, wie sich die soeben beschlossenen Änderungen einschließlich der globalen Minderausgaben auf den Einzelplan 03 auswirkten.

**MR'in Brohl-Sowa (IM)** teilt mit, es bedeute eine Absenkung des Sachhaushaltes und des Polizeihaltes. Die genauen Zahlen würden nachgeliefert werden.

**Anlage zu APR 13/737**

Sachverständigengespräch zum  
Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Polizeigesetzes  
und des Ordnungsbehördengesetzes Drucksache 13/2854

**Vorschlag für Sachverständige:**

Polizeipräsident Dyzowski  
Jürgensplatz 10  
40219 Düsseldorf

Polizeipräsident Friedrichs, Krefeld

Polizeipräsident Schenkelberg  
Büscherstraße 2-6  
45 131 Essen

Verwaltungsfachhochschule Schleswig-Holstein, Fachbereich Polizei  
Hartmut Brenneisen,  
Rehmkamp 10  
24161 Altenholz  
Telefon 0431-3209203

Landesbeauftragte für den Datenschutz  
Bettina Sokol

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung- Abteilung Bielefeld  
Prof. Dr. Hans-Jörg Bücking M.A  
Kurt-Schumacher-Str. 6  
33615 Bielefeld

Peter Zimmermann  
Landesdatenschutzbeauftragter Baden – Württemberg  
Marienstr. 12  
70178 Stuttgart  
Tel.: 0711/61 55 41 0  
Fax: 0711/ 61 55 41 15

Dr. Pollähne  
Institut für Kriminologie  
der Universität Bremen  
Tel: 0421 – 2187785

Prof. Dr. Michael Walter  
Leiter des Landespräventionsrates  
Universität zu Köln  
Kriminologische Forschungsstelle  
Albert Magnus Platz  
50923 Köln  
Tel: 0211/ 4704281

Prof. Dr. Jürgen Vahle  
Domberger Straße 3  
33 615 Bielefeld

NN, Innenministerium Brandenburg, wird von der CDU nachnominert  
NN; Innenministerium Hessen, wird von der CDU nachnominert

**Fragen an die Sachverständigen:**

1. An den Absätzen 2 und 3 der bisherigen Fassung des § 15 a ist kritisiert worden, sie hätten - jedenfalls teilweise - strafprozessualen Charakter und insoweit sei die Kompetenz des Bundesgesetzgebers gegeben. Wie sieht es in dieser Hinsicht mit Absatz 2 der Neufassung aus?
2. Wie sehen Sie den neuen § 15 a in seiner Eingriffstiefe im Kontext zu entsprechenden Regelungen in anderen Ländern und halten Sie ihn für verfassungsrechtlich bedenklich? Wie sind die Erfahrungen mit dem Instrument der Videoüberwachung in anderen Bundesländern?
3. Dient die Aufzeichnung überhaupt der Gefahrenabwehr und ist die Videoüberwachung als Mittel zur Gefahrenabwehr tauglich?
4. Beim Abstellen auf "Straftaten" anstelle von "Straftaten von erheblicher Bedeutung" könnte es zu einem vermehrten polizeilichen Kameraeinsatz kommen. Ist dies im Hinblick auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz problematisch?
5. Wie bewerten Sie die Auswertung des Modellversuchs Videoüberwachung „Ravensberger Park“ in Bielefeld?
6. Wie definieren Sie den Begriff „Kriminalitätsbrennpunkt“? Nach welchen Kriterien sollte vor Ort entschieden werden?
7. In der Debatte um Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist oft von Verdrängung der Kriminalität die Rede. Wie schätzen Sie die Verdrängungsproblematik hinsichtlich des überwachten Raums und angrenzender Gebiete aber auch insgesamt für ein Stadtgebiet und kriminalgeographischer Räume ein?
8. Ist aus Ihrer Sicht durch die Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten ein objektiver Sicherheitsgewinn für die Bevölkerung gegeben? Bedarfs es eines vermehrten Personaleinsatzes, um mit dem Instrument der Videoüberwachung einen effektiven Schutz vor Straftaten zu bewirken? Könnte man nicht stattdessen verstärkte Streifengänge durchführen? Muss/kann der Überwachungsmonitor mit Personal besetzt werden und welcher Aufwand ist hierfür notwendig?
9. Wie sollen Aufzeichnungsregelungen und Löschungsfristen aussehen?